



**ILLUSTRIERENDE PRÜFUNGSAUFGABEN  
FÜR DIE SCHRIFTLICHE ABITURPRÜFUNG**

**Teil 1: Beispielaufgaben**

Die Illustrierenden Prüfungsaufgaben (Teil 1: Beispielaufgaben, Teil 2: Erläuterungen und Lösungsvorschläge) dienen der einmaligen exemplarischen Veranschaulichung von Struktur, Anspruch und Niveau der Abiturprüfung auf grundlegendem bzw. erhöhtem Anforderungsniveau im neunjährigen Gymnasium in Bayern.

# **Geschichte**

## **grundlegendes Anforderungsniveau**

**Arbeitszeit: 210 Minuten**

Die Schülerin bzw. der Schüler bearbeitet eine der vier Aufgaben.

Hilfsmittel ist der zugelassene Historische Atlas. Dieser darf keine Kommentare enthalten; Hervorhebungen und Verweisungen sind gestattet.

AUF DEM WEG ZU GESELLSCHAFTLICHER UND POLITISCHER PARTIZIPATION VOM 19. JAHRHUNDERT BIS  
ZUR WEIMARER REPUBLIK

<b>Prüfungsteil A</b>		<b>BE</b>
<b>1</b>	Zeigen Sie wesentliche wirtschaftliche, soziale und politische Voraussetzungen der Revolution in Deutschland 1848/49 auf!	14
<b>2</b>	Anlässlich des Weltfrauentags, der jährlich am 8. März begangen wird, widmet sich die Schülerzeitung Ihres Gymnasiums dem Themenschwerpunkt „m/w/d – Geschlechter und ihre Rollen“. Ihnen fällt die Aufgabe zu, einen Artikel zur Situation von Frauen in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs zu verfassen. Bei der Recherche stoßen Sie auf die Fotografie M 1 und die Statistik M 2.	30
<b>2.1</b>	Charakterisieren Sie zunächst in Ihrem Artikel unter Einbezug der Fotografie M 1 und der Statistik M 2 die Rolle der Frau im Arbeitsleben in der Zeit des Deutschen Kaiserreichs!	
<b>2.2</b>	Beurteilen Sie anschließend in Ihrem Artikel, ausgehend von Ihren Ergebnissen aus 2.1, inwieweit sich in der Situation von Frauen Aspekte gesellschaftlicher Modernisierung im Deutschen Kaiserreich zeigen!	
<b>3</b>	Der deutsche Staatsrechtler, Politiker und Mitbegründer der DDP, Hugo Preuß, legte am 14. November 1918 seine Kritik an der Revolutionsregierung dar (M 3).	36
<b>3.1</b>	Arbeiten Sie aus dem Zeitungsartikel M 3 die Argumentation und Position von Hugo Preuß vor dem Hintergrund des Ringens um eine demokratische Ordnung heraus!	
<b>3.2</b>	„Wenige Tage sind seit dem Sturz des alten Obrigkeitsystems in Deutschland erst verstrichen; [...] und doch kann man schon immer zahlreichere Stimmen hören, aus denen etwas wie Heimweh nach dem alten Obrigkeitsstaat spricht“ (M 3, Z. 1–3). Erörtern Sie, inwieweit die Weimarer Reichsverfassung ein Gegenmodell zum Obrigkeitsstaat des Deutschen Kaiserreichs entwirft!	
<b>Prüfungsteil B</b>		
<b>4</b>	Bearbeiten Sie <u>eine</u> Halbjahresaufgabe entweder zu 12/2 oder 13/1 oder 13/2 (S. 19).	20
		<b>100</b>

**Material 1: Fotografie eines Raumes in einem Berliner Wohngebäude (1911)**

*Die Aufnahme entstand im Rahmen einer Wohnungsuntersuchung, die die Berliner Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker (ab 1914 die Allgemeine Ortskrankenkasse, AOK) von 1901 bis 1920 bei ihren Patientinnen und Patienten durchführte.*



*Quelle: Landesarchiv Berlin, F Rep. 290-09-01 Nr. 61-4599 / Foto: Lichte, Heinrich (Berlin S.W. 48)*

**Material 2: Ausgewählte Löhne in unterschiedlichen Städten des Deutschen Kaiserreichs um 1900**

Die Frauenrechtlerinnen und Politikerinnen Gertrud Bäumer und Helene Lange veröffentlichten in ihrem „Handbuch der Frauenbewegung“ 1902 folgende Tabelle:

Gewerbe:	Durchschnittlicher Wochenverdienst	
	männl. M[ark]	weibl. M[ark]
Berliner Papierwaren-Industrie	20	10
Mannheimer Fabrikarbeiter	18–21	8
Stuttgarter Industriearbeiter	22,2	9,5
Buchdrucker	28	10
Buchbinder	22	10
Schreiner	22	9
Textilarbeiter	20	9
Schneider	18	9
Maler, Lackierer	21	11
Schuhmacher	18	11
Tapezierer	21	11
Tagelöhner	17	11
Tabakarbeiter	14	8
Schlosser, Dreher	21	8
Konditoren	19	8

Zusammengestellt aus: Helene Lange/Gertrud Bäumer (Hg.): Handbuch der Frauenbewegung, 5 Teile (Berlin 1901-1906). 4. Teil: Die deutsche Frau im Beruf (Berlin 1902), Weinheim und Basel 1980, S. 179–185.

**Material 3: Auszug aus einem Zeitungsartikel von Hugo Preuß über den Rat der Volksbeauftragten (14. November 1918)**

Der Staatsrechtler Hugo Preuß (1860–1925) wurde einen Tag nach Erscheinen des Artikels zum Staatssekretär im Reichsamt des Innern berufen und mit dem Entwurf einer Verfassung für die Republik beauftragt.

Wenige Tage sind seit dem Sturz des alten Obrigkeitsystems in Deutschland erst verstrichen; [...] und doch kann man schon immer zahlreichere Stimmen hören, aus denen etwas wie Heimweh nach dem alten Obrigkeitsstaat spricht; und zwar auch von Soldaten, die bisher keineswegs seine Anhänger waren. Das ist psychologisch ebenso begreiflich, wie es politisch unsinnig ist. Denn die Überalterung des Obrigkeitsstaats war die Ursache seines Bankrotts und des gegenwärtigen Umsturzes; sie ist aber auch die Ursache, daß an seine Stelle noch keineswegs der Volksstaat getreten ist, sondern ein umgedrehtes Obrigkeitsystem. Im alten Obrigkeitsstaat hatte der Bürger sehr wenig, im gegenwärtigen hat er absolut gar nichts zu sagen;<sup>1</sup> mehr als je vorher ist im Augenblick das Volk in seiner Gesamtheit lediglich Objekt einer Regierung, die ihm durch unerforschliche Ratschläge gesetzt wird, nur daß sich diese nicht auf ein Gottesgnadentum berufen, sondern auf eine genau ebenso unfaßliche Volksgnade. [...]

Gewiß kann man dem „Bürgertum“ in dem leider üblich gewordenen engen Sinne dieses Wortes entgehenhalten, daß es kein Recht habe, sich über seine Ausschließung zu beklagen, weil seine

<sup>1</sup> Mit dem „gegenwärtigen [Obrigkeitsstaat]“ bezieht sich Hugo Preuß auf den Rat der Volksbeauftragten, der den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik gestaltete.

15 politischen Unterlassungssünden, seine Schlappeheit und Servilität<sup>2</sup> ein gerüttelt Maß der Schuld tra-  
gen an der Überalterung jenes Obrigkeitssystems und folglich an dem gegenwärtigen Zusammen-  
bruch. Auch ist es unzweifelhaft, daß das Bürgertum und die alten politischen Parteien einen Um-  
schwung, wie den eben erlebten, aus eigener Kraft niemals zustande gebracht hätten; und es ist  
daher begreiflich, wenn die Organisatoren der Revolution deren Früchte allein zu genießen wün-  
20 schen. Aber diesem Wunsche steht die Tatsache entgegen, daß er nicht nur die Entwicklung politi-  
scher Freiheit, unter deren Losung doch der Umschwung vollzogen wurde, unmöglich macht, son-  
dern auch das ganze Schicksal unseres schon so hart heimgesuchten deutschen Volkes dem Ver-  
derben preisgeben muß.

[...] Wer jene Überzeugung nicht erst seit heute und gestern vertritt, wer lange Jahre hindurch diesen  
Standpunkt ungebeugt den alten Mächten gegenüber, wenn auch vergeblich, zur Geltung zu bringen  
25 versucht hat, der wird heute nicht vor den neuen Machthabern schweigen, sondern ihnen zurufen:  
Ihr könnt dem geschlagenen deutschen Volke Erhebung, dem zerrütteten deutschen Staate neues  
Leben unmöglich unter Entrechtung seines Bürgertums, unmöglich im Zeichen des Klassenkampfes  
bringen. Die Absichten der gegenwärtigen Machthaber mögen die lautersten und reinsten sein; sie  
können doch der zwingenden Logik nicht entgehen, daß der Versuch, den deutschen Staat unter  
30 Zurückdrängung seines Bürgertums zu konstituieren, in kurzer Frist unabwendbar zum bolschewis-  
tischen Terror führen muß. Der gegenwärtige Zustand, daß zahlreiche bürgerliche Elemente die  
öffentlichen Geschäfte führen unter der Diktatur einer ihnen prinzipiell fremden Obrigkeit, mag im  
Augenblick als Notbehelf unvermeidlich sein; aber er ist nur auf kürzeste Frist haltbar [...]. Wenn er  
bis dahin seine Lösung nicht in einer auf der Gleichberechtigung aller Volksgenossen ruhenden  
35 politisch-demokratischen Organisation gefunden hat, so gibt es keinen anderen Ausweg als recht-  
lose Gewalt und mit ihr völlige Zerrüttung des wirtschaftlichen Lebens. Auf solchen Wegen mag  
seine Ziele verfolgen, wer unter Zerstörung aller nationalen Gliederungen die allgemeine Zwangs-  
herrschaft des internationalen Proletariats herstellen zu können wähnt; niemals jedoch der, der aus  
dem großen Zusammenbruch den demokratischen deutschen Volksstaat retten will, dem sich auch  
40 die noch außenstehenden Glieder freiwillig und freudig anschließen sollen. Hier scheiden sich die  
Wege sofort und unbedingt. [...] Für den Lauf, den die Dinge bei uns nehmen werden, wird Haltung  
und Stimmung des Bürgertums sicherlich von schwerwiegender Bedeutung sein. [...] Nicht zum Vor-  
trupp reaktionärer Bestrebungen darf und will sich das Bürgertum hergeben; es will Hand in Hand  
gehen mit den neuen Mächten, aber nicht als Handlanger, sondern als gleichberechtigter Genosse.  
45 Nicht Klassen und Gruppen, nicht Parteien und Stände in gegensätzlicher Isolierung, sondern nur  
das gesamte deutsche Volk, vertreten durch die aus völlig demokratischen Wahlen hervorgehende  
deutsche Nationalversammlung, kann den deutschen Volksstaat schaffen. Sie muß ihn baldigst  
schaffen, wenn nicht unsagbares Unheil unser armes Volk vollends verelenden soll. Gewiß muß  
eine moderne Demokratie vom Geiste eines kräftigen sozialen Fortschritts erfüllt sein; aber ihre po-  
50 litische Grundlage kann niemals der soziale Klassenkampf, die Unterdrückung einer sozialen  
Schicht durch die andere bilden, sondern nur die Einheit und Gleichheit aller Volksgenossen. Im  
Rahmen der zu schaffenden demokratischen Verfassung sind die unausbleiblichen sozialpolitischen  
Kämpfe der Zukunft friedlich auszutragen. Die Stellung zu der konstituierenden Nationalversamm-  
lung des deutschen Volksstaates ist zugleich die Stellung zu der Frage: Demokratie oder Bolsche-  
55 wismus.

Quelle: Hugo Preuß: *Volksstaat oder verkehrter Obrigkeitsstaat?*, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 583 vom 14. No-  
vember 1918. Abrufbar unter <https://www.weimarer-republik.net/jubilaem/revolution-und-gruendung-der-republik-tag-fuer-tag/nov-1918/hugo-preuss-wir-haben-die-wahl-demokratie-oder-bolschewismus/> (Stand:  
22. Juni 2023).

---

<sup>2</sup> Servilität: Unterwürfigkeit.

## II

### DEUTSCHLAND ZWISCHEN DEMOKRATIE UND DIKTATUR

<b>Prüfungsteil A</b>		<b>BE</b>
1	Beschreiben Sie den Aufbau des NS-Staates in den Jahren 1933 und 1934 sowie seine Struktur!	16
2	Die antijüdischen Gewaltmaßnahmen im nationalsozialistischen Deutschland mündeten in die systematische Ermordung von sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden.	34
2.1	Analysieren Sie die Bildquellen M 1 und M 2!	
2.2	Beurteilen Sie, inwieweit diese Materialien dazu geeignet sind, die Wahrnehmung und die Beteiligung an der Verfolgung und systematischen Ermordung von Jüdinnen und Juden seitens der nichtjüdischen Bevölkerung in Deutschland zu dokumentieren!	
3	Mit der friedlichen Revolution 1989 endete die SED-Diktatur in der DDR. In seinen drei Jahre später erschienenen Erinnerungen (M 3) ging der langjährige Generalsekretär der SED, Erich Honecker, auf das Scheitern der DDR ein.	30
3.1	Arbeiten Sie aus M 3 heraus, welche Gründe Erich Honecker für das Ende der DDR anführt, und nehmen Sie anschließend Stellung dazu!	
3.2	Stellen Sie auch unter Bezugnahme auf Ihre Ergebnisse aus 3.1 die Aufarbeitung der SED-Diktatur als innenpolitische Herausforderung im wiedervereinigten Deutschland dar!	
<b>Prüfungsteil B</b>		
4	Bearbeiten Sie <u>eine</u> Halbjahresaufgabe entweder zu 12/1 oder 13/1 oder 13/2 (S. 19).	20
		<b>100</b>

**Material 1: Fotografie der Versteigerung des Besitzes von deportierten Jüdinnen und Juden der Kreisstadt Lörrach, Ende November 1940**

*Nach der Deportation der Lörracher Jüdinnen und Juden am 22. Oktober 1940 begann vier Wochen später die „Verwertung“ des jüdischen Eigentums. Im Zuge dessen wurde manchmal der Hausrat auf Tischen vor den Wohnungen angeboten und von Uniformierten zugunsten der Staatskasse versteigert. Die Fotografie wurde wahrscheinlich vom Kriminalpolizeibeamten Gustav Kühner angefertigt.*



Quelle: StaLö2.43.7.

## Material 2: Fotografie der Deportation jüdischer Deutscher aus Würzburg am 25. April 1942

Generell legte die Gestapo großen Wert auf ein strenges Fotografierverbot bei der Durchführung von Deportationen, wobei diejenige der mainfränkischen Jüdinnen und Juden 1941/42 eine Ausnahme darstellte. Auf Anordnung des Nürnberger Polizeipräsidenten schoss ein Gestapo-Beamter von den ersten drei der insgesamt sieben Deportationen aus Würzburg und Kitzingen weit über 100 Fotos. Der Transport am 25. April 1942 umfasste 852 Menschen.



Quelle: StAWü, Gestapostelle Würzburg 18880 a, Nr. 10 bis 15.

## Material 3: Auszug aus den im Jahr 1992 veröffentlichten Erinnerungen Erich Honeckers

[Die DDR] wurde für Jahrzehnte ein Land, in dem der Sozialismus eine Heimstätte hatte, für das Volk der DDR fühlbar und für viele Menschen in der Welt sichtbar. Ohne kritischen Fragen aus dem Wege zu gehen: Wir haben in der Tat den Sozialismus in unserer Heimat verloren. Nicht alles ist heute schon klar, aber natürlich steht die Frage im Raum: Hatte der Sozialismus Mängel, haben wir, habe ich Fehler gemacht? Ja, das haben wir, das habe ich. In einer Stellungnahme, die ich bereits  
5 am 1. Dezember 1989 abgegeben habe und die der Öffentlichkeit trotz vielfältiger Bemühungen zu ihrer Publizierung vorenthalten wurde, habe ich erklärt: „Ich übernehme die volle Verantwortung für die entstandene Lage, die um so stärker ins Gewicht fällt, da ich die Funktion des Generalsekretärs, des Vorsitzenden des Staatsrates und des Nationalen Verteidigungsrates über lange Zeit aus-  
10 übte ...“ Weiter erklärte ich, daß der in der Politbürositzung gegen mich und andere erhobene Vorwurf, die kritische Einschätzung der ernsten Lage in der Partei und im Land nicht geteilt zu haben, zutrifft.

Und im März 1990, nachdem manches schon weiter gereift war, hatte ich dann detaillierter definiert, was ich für die Kardinalfehler in der Politik der SED und von mir persönlich halte:



15 **Erstens** habe ich nicht rechtzeitig, nicht umfassend und realistisch eingeschätzt, daß es bis in die Reihen der Partei Unzufriedenheit über die mangelnde innerparteiliche Demokratie, über ungenügende Offenheit über die Probleme der Wirtschaft, Versorgungsengpässe, zu den Fragen einer notwendig gewordenen tiefgreifenden Demokratisierung der Gesellschaft und anderes gab.

20 **Zweitens** muß ich aus heutiger Sicht feststellen, daß die ideologische und propagandistische Arbeit unserer Medienpolitik nicht den Ansprüchen und den Erfordernissen der Zeit entsprach.

**Drittens:** Für die Bürger der DDR wurde immer unverständlicher, daß die unter damaliger Sicht vorgenommenen Reiseerleichterungen (5 bis 7 Millionen Bürger konnten jährlich in die BRD und nach Berlin (West) reisen) nicht von unnötiger Bürokratie befreit, erleichtert und erweitert wurden.

Ich wiederhole: Das erklärte ich bereits im März 1990! Alles in allem hätten wir unserer guten Sache  
25 noch besser dienen können und müssen. Dabei muß man natürlich berücksichtigen, daß die Errichtung einer neuen Gesellschaft ungeheuer viele neue Fragen aufwirft und nicht alle wurden rechtzeitig und richtig in Angriff genommen. Zu spät wurde zum Beispiel im gesamten sozialistischen Lager die Herausforderung durchschaut, die uns aus der wissenschaftlich-technischen Revolution, aus der raschen Entwicklung der Hochtechnologie in einigen wenigen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern erwuchs. Vor allem wurde in der Praxis in den meisten sozialistischen Ländern zu spät darauf  
30 reagiert.

Auch das durch Reklamefeldzüge und diverse andere Methoden verstärkte Konsumdenken fand nicht rechtzeitig unsere gebührende Aufmerksamkeit. Der verständliche Ärger über die sogenannten Mangelwaren – ich denke nur an Ersatzteile – erschwerte den Alltag, und nicht zuletzt hatte der  
35 Wunsch vor allem der jungen Generation, die Welt kennenzulernen, eine erhebliche politische Sprengkraft.

Nicht alle, aber viele dieser Probleme wären bei größerer Konsequenz lösbar gewesen. Es steht also völlig außer Frage, daß wir in 40 Jahren keineswegs nur Erfolge erzielt haben, sondern daß sich auch große Mängel in der Arbeit zeigten. Sie haben dazu geführt, daß eine beträchtliche Anzahl  
40 von Bürgern die DDR nicht bewußt als ihr Vaterland verstand. Aber es ist auch eine der infamsten Legenden der jetzigen politischen Sieger, so zu tun, als hätten wir nur Fehler gemacht. Der totale Verriß des Sozialismus soll der totalen Vernichtung jeglicher sozialistischer Ideen dienen. Außerdem stellt sich doch die Frage, ob unsere subjektiven Versäumnisse wirklich die entscheidenden Faktoren für unsere Niederlage waren. Es ist doch offensichtlich, daß es eine Vielzahl objektiver und subjektiver Faktoren, internationaler und nationaler, historisch aufzuarbeiten gilt. Wie wäre sonst der  
45 Zusammenbruch des Sozialismus in ganz Europa, einschließlich der Sowjetunion, zu verstehen?

*Quelle: Erich Honecker: Zu dramatischen Ereignissen, Hamburg 1992, S. 17 f.*

### III

#### AKTEURE INTERNATIONALER POLITIK IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE

<b>Prüfungsteil A</b>		<b>BE</b>
<b>1</b>	Über die Staatsgründung Israels schreibt der Historiker Michael Brenner in einem 2016 erschienenen Buch: „Traum und Trauma begegneten sich hier in besonderer Weise.“ Beide Begriffe bezieht Brenner auf die jüdische Perspektive zum Zeitpunkt der Staatsgründung. Beschreiben Sie unter Bezugnahme auf diese Aussage die Vorgeschichte und den Kontext der israelischen Staatsgründung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts!	16
<b>2</b>	Im Juni 2009 hielt der damalige US-Präsident Barack Obama in Kairo eine Grundsatzrede an die islamische Welt (M 1). Die Rede trug im Original den Titel „A New Beginning“.	36
<b>2.1</b>	Stellen Sie auch mithilfe von M 1 und geeignetem Kartenmaterial im Historischen Atlas zentrale Konfliktthemen in den israelisch-palästinensischen Beziehungen seit 1948 dar!	
<b>2.2</b>	Arbeiten Sie aus M 1 die Grundlinien für eine Lösung des Nahostkonflikts heraus, die Obama darlegt, und bewerten Sie diese differenziert!	
<b>3</b>	Vergleichen Sie ausgehend von einer Analyse von M 2 und M 3 das weltpolitische Agieren der Großmächte USA, Russland und China im Rahmen der UNO in den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts!	28
<b>Prüfungsteil B</b>		
<b>4</b>	Bearbeiten Sie <u>eine</u> Halbjahresaufgabe entweder zu 12/1 oder 12/2 oder 13/2 (S. 19).	20
		<b>100</b>

## **Material 1: Auszug aus der am 4. Juni 2009 in Kairo gehaltenen Grundsatzrede des US-Präsidenten Barack Obama**

Die zweite große Quelle für Spannungen, über die wir sprechen müssen, ist die Situation zwischen Israelis, Palästinensern und in der arabischen Welt. Die starken Bande der Vereinigten Staaten zu Israel sind allgemein bekannt. Diese Bande sind unzerbrechlich. Sie basieren auf den kulturellen und historischen Verbindungen und dem Wissen um die Tatsache, dass das Streben nach einer jüdischen Heimat in einer tragischen Geschichte verwurzelt ist, die nicht geleugnet werden kann. [...] Israel mit Zerstörung zu drohen oder gemeine Stereotype über Juden zu wiederholen, ist zutiefst falsch und dient nur dazu, [...] den Frieden zu verhindern, den die Menschen in dieser Region verdienen.

Andererseits lässt es sich auch nicht leugnen, dass die Palästinenser – Muslime und Christen – auf der Suche nach einer Heimat gelitten haben. Seit mehr als sechzig Jahren ertragen sie den Schmerz der Vertreibung. Viele warten in Flüchtlingslagern [...] auf ein Leben in Frieden und Sicherheit, das sie noch nie haben führen können. Sie ertragen die täglichen Demütigungen – kleine und große – die die Besatzung mit sich bringt. Es besteht also kein Zweifel: Die Situation für die Palästinenser ist unerträglich. Die Vereinigten Staaten werden dem legitimen Streben der Palästinenser nach Würde, Chancen und einem eigenen Staat nicht den Rücken kehren.

Seit Jahrzehnten gibt es eine Pattsituation: Zwei Völker mit legitimen Wünschen, jedes davon mit einer schmerzvollen Geschichte, die einen Kompromiss erschwert. Schuldzuweisungen sind einfach – die Palästinenser weisen auf die Vertreibung aufgrund der Gründung des Staates Israel hin, und die Israelis weisen auf die ständigen Feindseligkeiten und Anschläge hin, die im Laufe ihrer Geschichte im eigenen Land und aus dem Ausland auf sie verübt wurden. Aber wenn wir diesen Konflikt nur von der einen oder der anderen Seite betrachten, verschließen wir unsere Augen vor der Wahrheit: Die einzige Lösung besteht darin, dass die Wünsche beider Seiten durch zwei Länder [hier im Sinne von Staaten] erfüllt werden, in denen Israelis und Palästinenser jeweils in Frieden und Sicherheit leben.

Das ist im Interesse Israels, im Interesse Palästinas, im Interesse der Vereinigten Staaten und im Interesse der Welt. Aus diesem Grund habe ich vor, mich mit all der Geduld und Hingabe, die diese Aufgabe erfordert, persönlich für dieses Ziel einzusetzen. Die Verpflichtungen, die die Parteien im Rahmen der Road Map eingegangen sind, sind eindeutig. Um Frieden zu ermöglichen, ist es an der Zeit, dass sie – und wir alle – unserer Verantwortung nachkommen.

Die Palästinenser müssen der Gewalt abschwören. [...] Gewalt ist eine Sackgasse. Es ist weder ein Zeichen von Mut noch von Macht, Raketen auf schlafende Kinder zu schießen oder einen Bombenanschlag auf alte Frauen in einem Bus zu verüben. So erlangt man keine moralische Autorität; so gibt man sie auf. Es ist jetzt an der Zeit, dass sich die Palästinenser auf das konzentrieren, was sie aufbauen können. Die Palästinenserbehörde muss ihre Fähigkeit zu regieren entwickeln, mit Institutionen, die die Bedürfnisse der Bürger befriedigen. Die Hamas hat die Unterstützung einiger Palästinenser, sie muss aber auch erkennen, dass sie eine Verantwortung trägt. Um eine Rolle dabei zu spielen, die Wünsche der Palästinenser zu erfüllen und die Palästinenser zu einen, muss die Hamas die Gewalt beenden und vergangene Abkommen sowie das Existenzrecht Israels anerkennen.

Gleichzeitig müssen die Israelis anerkennen, dass das Existenzrecht Palästinas genau so wenig verwehrt werden kann wie das Existenzrecht Israels. Die Vereinigten Staaten betrachten die fortgesetzte israelische Besiedelung nicht als legitim. Sie verletzt bestehende Abkommen und untergräbt die Bestrebungen, Frieden zu erreichen. Es ist an der Zeit, dass diese Besiedelung aufhört.

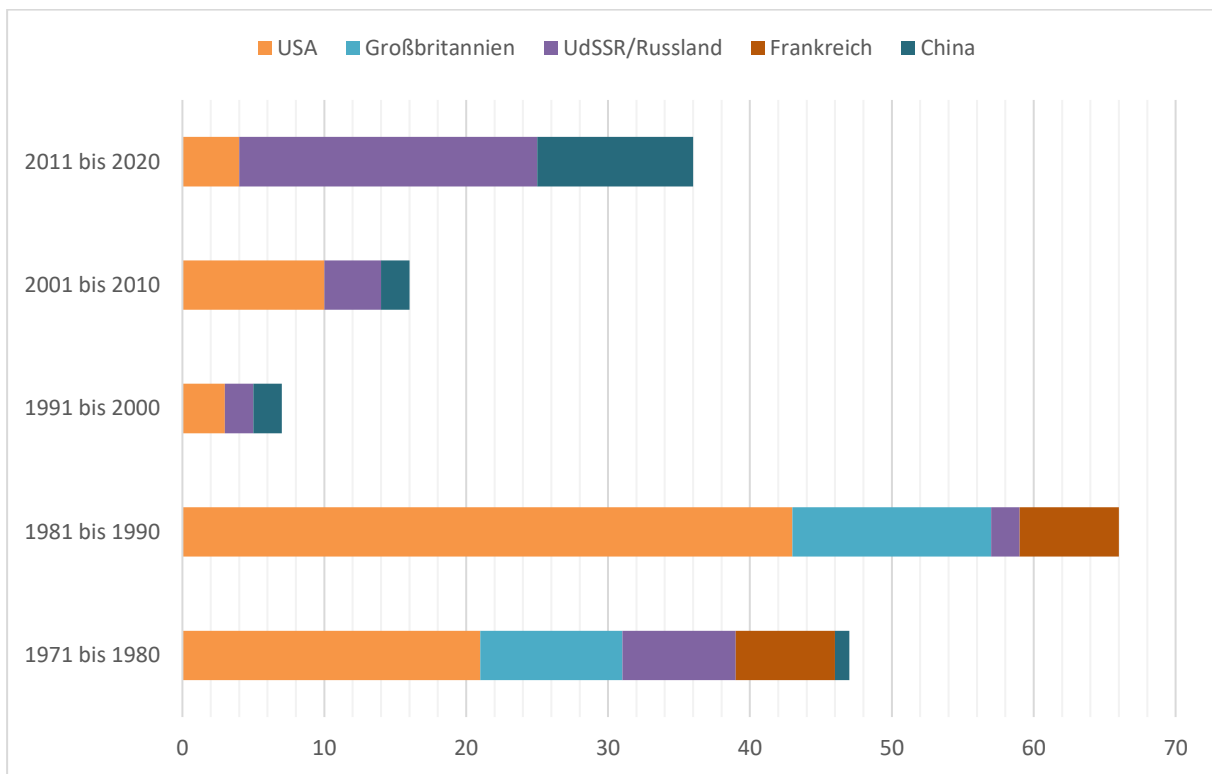
Israel muss auch seiner Verpflichtung nachkommen und sicherstellen, dass die Palästinenser leben, arbeiten und ihre Gesellschaft voranbringen können. Die andauernde humanitäre Krise im Gazastreifen zerstört nicht nur palästinensische Familien, sie erhöht auch nicht die Sicherheit Israels. Der

fortbestehende Mangel an Chancen im Westjordanland tut das genauso wenig. Fortschritte im täglichen Leben der Palästinenser müssen ein wichtiger Teil des Weges zum Frieden sein, und Israel muss konkrete Schritte unternehmen, um solchen Fortschritt zu ermöglichen. [...]

50 Zu viele Tränen sind geflossen. Zu viel Blut wurde vergossen. Wir alle haben die Verantwortung, auf den Tag hinzuarbeiten, [...] an dem das heilige Land der drei großen Glaubensrichtungen der Ort des Friedens ist, den Gott für ihn vorgesehen hat, an dem Jerusalem die sichere und ständige Heimat von Juden, Christen und Muslimen ist und ein Ort, an dem alle Kinder Abrahams friedlich zusammenkommen können [...].

Quelle: Rede von US-Präsident Barack Obama vom 4. Juni 2009 in Kairo. Abrufbar unter [https://de.embassy.gov/de/ein-neuanfang/?\\_ga=2.196926444.1930832914.1586696338-1995884191.1586348515](https://de.embassy.gov/de/ein-neuanfang/?_ga=2.196926444.1930832914.1586696338-1995884191.1586348515) (Stand: 27. Juni 2023). Übersetzung mit freundlicher Genehmigung der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland.

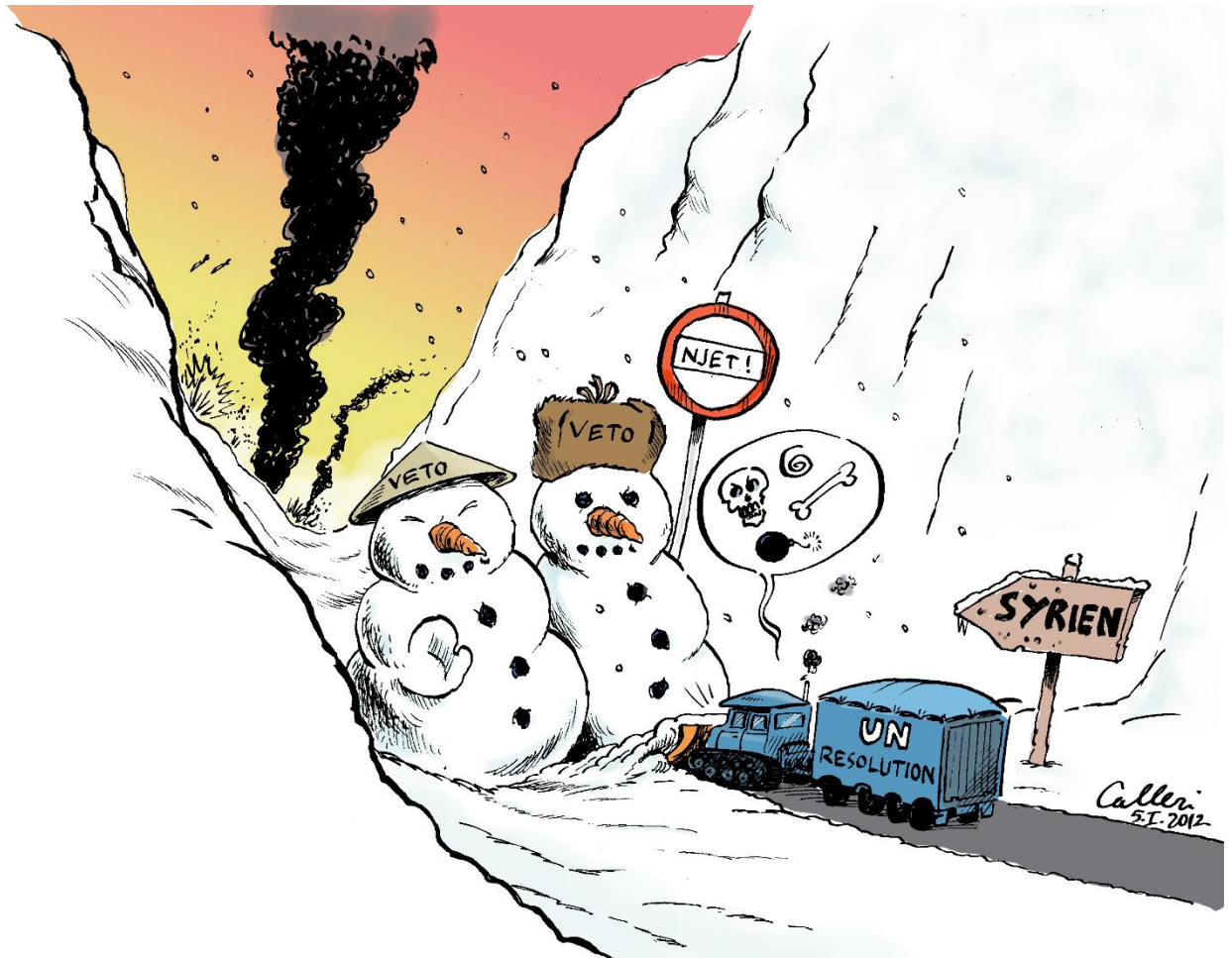
## Material 2: Anzahl der Vetos der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen von 1971 bis 2020



Quelle: eigene Darstellung unter Verwendung der Daten von <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/322711/umfrage/vetos-der-staendigen-mitglieder-des-sicherheitsrates-der-vereinten-nationen/> (Stand: 27. Juni 2023).

**Material 3: „Frostige Zeiten“, Karikatur von Paolo Calleri (2012)**

Seit 2011 entwickelte sich in Syrien aus Protesten gegen die Herrschaft von Präsident Assad ein Bürgerkrieg mit vielen Akteuren. Dabei kam es zu massiver Gewalt gegen die Zivilbevölkerung.



Quelle: © Paolo Calleri

## IV

### HISTORISCHE GRUNDLAGEN MODERNER POLITISCHER ORDNUNGSFORMEN UND IDENTIFIKATIONSMUSTER IN EUROPA

<b>Prüfungsteil A</b>		<b>BE</b>
<b>1</b>	Erläutern Sie ausgehend von M 1 die Merkmale der attischen Demokratie!	18
<b>2</b>	In der Zeit der Aufklärung entwickelten sich das Menschenbild sowie das politische Denken in Europa entscheidend weiter.	34
<b>2.1</b>	Arbeiten Sie aus den Vorstellungen von Olympe de Gouges (M 2) charakteristische Gedanken der Aufklärung heraus!	
<b>2.2</b>	Beurteilen Sie, inwieweit die beiden Texte M 1 und M 2 als Grundlagen einer modernen Demokratie verstanden werden können!	
<b>3</b>	Anlässlich des Europatags konzipiert Ihr Geschichtskurs eine Ausstellung zum Thema „Von nationalistischer Konfrontation zur europäischen Integration“. Sie beschäftigen sich mit den Nationsvorstellungen in Deutschland und Frankreich. Im Zuge Ihrer Recherche stoßen Sie auf einen französischen Gedenkteller an die Revolution von 1789 (M 3) und auf einen deutschen Liedtext aus dem Jahr 1792 (M 4).  Verfassen Sie einen Informationstext für diese Ausstellung, in dem Sie unter Einbezug der beiden Quellen M 3 und M 4 die jeweiligen Nationsvorstellungen in Deutschland und Frankreich um 1800 darstellen!	28
<b>Prüfungsteil B</b>		
<b>4</b>	Bearbeiten Sie <u>eine</u> Halbjahresaufgabe entweder zu 12/1 oder 12/2 oder 13/1 (S. 19).	20

**100**

## Material 1: Auszug aus der sogenannten „Gefallenenrede“ des Perikles

*Der aus Athen stammende Stratege und Historiker Thukydides (ca. 454–ca. 396 v. Chr.) beschrieb in seinem Werk „Der Peloponnesische Krieg“ die Auseinandersetzungen zwischen dem attischen Seebund und dem Peloponnesischen Bund (431–404 v. Chr.) Dort legt er dem athenischen Staatsmann Perikles eine Rede in den Mund, die dieser am Ende des ersten Kriegsjahres um 431 v. Chr. zu Ehren der Gefallenen gehalten haben soll. Diese „Gefallenenrede“ gehört zu den wichtigsten Quellen über die Attische Demokratie.*

Die Staatsverfassung, die wir haben, richtet sich nicht nach den Gesetzen anderer, viel eher sind wir selbst für manchen ein Vorbild, als dass wir andere nachahmten. Mit Namen heißt sie, weil die Staatsverwaltung nicht auf wenige, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist, Demokratie. Es haben aber nach den Gesetzen in den persönlichen Angelegenheiten alle das gleiche Recht [und wie auf anderen Gebieten gelangt man auch im Staatsdienst nicht zu Ansehen, weil man seine Ämter auf Zeit inne hat, sondern genießt] aufgrund seiner Tüchtigkeit den Vorzug, und nicht etwa aufgrund der bereits innegehabten Ämter. Ebenso wenig wird jemand aus Armut, wenn er trotzdem für die Stadt etwas leisten könnte, durch seine unscheinbare Stellung daran gehindert. Frei leben wir als Bürger im Staat und frei vom gegenseitigen Misstrauen des Alltags, ohne gleich dem Nachbarn zu zürnen, wenn er sich einmal ein Vergnügen macht, und ohne unseren Unmut zu zeigen, der zwar keine Strafe ist, aber doch durch die Miene kränkt. Wie ungezwungen wir aber auch unsere persönlichen Dinge regeln, so hüten wir uns doch im öffentlichen Leben, allein aus Furcht, vor Rechtsbruch – in Gehorsam gegen Amtsträger und Gesetze, hier vor allem gegen solche, die zum Nutzen der Unterdrückten<sup>1</sup> erlassen sind, und die ungeschriebenen, deren Übertretung nach allgemeinem Urteil Schande bringt.

Außerdem haben wir reichlich für geistige Entspannung nach der Last der Arbeit gesorgt, durch Wettkämpfe und feierliche Opfer, die wir jährlich feiern, durch eine geschmackvolle Ausstattung unserer Häuser, die uns Tag für Tag erfreut und die Sorgen verscheucht. Dank der Größe unserer Stadt strömen aus aller Welt alle Güter bei uns ein – und so haben wir das Glück, ebenso bequem die Erzeugnisse des eigenen Landes zu genießen wie die fremder Völker. [...]

Wir lieben die Kunst mit maßvoller Zurückhaltung, wir lieben den Geist ohne schlaffe Trägheit; Reichtum dient uns der rechten Tat, nicht dem prunkenden Wort, und seine Armut einzugestehen ist für niemanden schämlich, ihr nicht zu entrinnen durch eigene Arbeit (gilt als) schämlicher. Mit derselben Sorgfalt widmen wir uns dem Haus- wie dem Staatswesen, und ist auch jeder von uns seinen eigenen Arbeiten zugewandt, so zeigt er doch im staatlichen Leben ein gesundes Urteil. Einzig und allein bei uns heißt doch jemand, der nicht daran teilnimmt, nicht untätig, sondern unnützlich; und nur wir entscheiden in Staatsgeschäften selber oder denken sie doch richtig durch, denn nicht schaden nach unserer Meinung Worte den Taten, sondern vielmehr, sich nicht durch das Wort vorher belehren zu lassen, ehe man an die nötige Tat herangeht. [...]

Zusammenfassend sage ich, dass unsere Stadt im Ganzen die Schule von Hellas sei und dass jeder einzelne Bürger, wie ich glaube, bei uns in vielseitigster Weise und in spielerischer Anmut seine ihm eigene Art entfalte.

*Quelle: Thukydides: Der Peloponnesische Krieg. Übersetzt und herausgegeben von Helmut Vretska und Werner Rinner, Stuttgart 2000, S. 138–141.*

---

<sup>1</sup> Mit Gesetzen „zum Nutzen der Unterdrückten“ sind Vorschriften gemeint, die schwächere Mitglieder der Gesellschaft schützen sollen, wie z. B. Metöken. Sklaven werden davon nicht erfasst.

## Material 2: Auszüge aus der „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ von Olympe de Gouges

*Olympe de Gouges (1748–1793) war eine französische Revolutionärin, Schriftstellerin und Frauenrechtlerin. 1791 verfasste sie die „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ als Reaktion auf die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte im August 1789: Diese sollten nur für „mündige Bürger“ gelten und damit im zeitgenössischen Verständnis nur für Männer. Olympe de Gouges wollte ihre Überlegungen der französischen Nationalversammlung zur Verabschiedung vorlegen.*

- I. Die Frau ist frei geboren und bleibt dem Manne gleich an Rechten. Soziale Unterschiede können nur auf den [all]gemeinen Nutzen gegründet sein.
- II. Der Endzweck jeder politischen Vereinigung ist die Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Rechte der Frau und des Mannes. Diese Rechte sind Freiheit, Eigentum, Sicherheit und vor allem Widerstand gegen Unterdrückung. [...]
- 5 IV. Freiheit und Gerechtigkeit bestehen darin, alles zurückzugeben, was einem anderen gehört; die Ausübung der natürlichen Rechte der Frau hat mithin keine Grenzen außer in der ständigen Tyrannei, die der Mann ihr entgegengesetzt. Diese Grenzen müssen durch die Gesetze der Natur und der Vernunft reformiert werden. [...]
- 10 X. Niemand darf wegen seiner Ansichten, selbst wenn sie grundsätzlicher Art sind, behelligt werden. Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen; sie muss gleichermaßen das Recht haben, die Rednertribüne zu besteigen, sofern ihre Äußerungen nicht die durch das Gesetz festgelegte öffentliche Ordnung stören. [...]
- 15 XV. Die Masse der Frauen, die zur Steuerleistung mit der der Männer zusammengeschlossen ist, hat das Recht, von jeder öffentlichen Instanz Rechenschaft über ihre Amtsführung zu fordern.

*Quelle: Die Rechte der Frau (aus dem Französischen von Gisela Bock). Veröffentlicht im Rahmen des Themenschwerpunkts „Europäische Geschichte – Geschlechtergeschichte“, in: Themenportal Europäische Geschichte, 2009, [www.europa.clio-online.de/quelle/id/q63-28390](http://www.europa.clio-online.de/quelle/id/q63-28390) (Stand: 29. Juni 2023).*



**Material 3: Französischer Motivteller aus Anlass des 100jährigen Jahrestages der Revolution von 1789**



Anmerkung:

Die Überschrift „Vive la nation“ bedeutet „Es lebe die Nation“.

Quelle: „Ruellan Auction“ – Hôtel des ventes de Vannes, <https://www.svvruellan.com/details-lot/quimper-assiette-en-faience-emaillee-polychrome-a-812-625016665/> (Stand: 29. Juni 2023).

#### Material 4: Auszug aus einem Volkslied von Konrad Pfeffel (1792)

Wer ist ein freier Mann (Der freie Mann)

Wer, wer ist ein freier Mann?

Der, dem nur eig`ner Wille

Und keines Zwingherrn Grille [Laune]

5 Gesetze geben kann;

Der ist ein freier Mann!

Wer, wer ist ein freier Mann?

Der das Gesetz verehret

Nichts tut, was es verwehret

10 Nichts will, als was er kann

Der ist ein freier Mann! [...]

Wer, wer ist ein freier Mann?

Der, muss er Gut und Leben

Gleich für die Freiheit geben,

15 Doch nichts verlieren kann;

Der ist ein freier Mann!

*Text: G. Konrad Pfeffel, Musik: Christian Friedrich Gottlieb Schwenke, veröffentlicht im Vossischen Musenalmanach 1792, S. 72–75, abrufbar unter <https://www.volksliederarchiv.de/wer-ist-ein-freier-mann-der-freie-mann/> (Stand: 29. Juni 2023).*

## Prüfungsteil B: Halbjahresaufgaben

Bearbeiten Sie in Prüfungsteil B eine Halbjahresaufgabe zu einem Halbjahr, das Sie nicht in Prüfungsteil A bearbeitet haben.

### Halbjahresaufgabe zu 12/1

Beurteilen Sie unter Berücksichtigung des Filmplakats „Das Fräulein von Kasse 12“ (M 1), inwieweit die Zeit der Weimarer Republik eine Phase gesellschaftlicher Modernisierung und Veränderung darstellte!

#### Material 1: Filmplakat „Das Fräulein von Kasse 12“ (1927)



Quelle: © Stadt Bocholt (Stadtmuseum Bocholt / Josef Fenneker)

### **Halbjahresaufgabe zu 12/2**

Ihre Schule lädt einen Zeitzeugen zur Endphase der DDR ein. Ihnen kommt die Aufgabe zu, in die für die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe geplante Veranstaltung einzuführen. Verfassen Sie dafür einen einleitenden Beitrag, in dem Sie die Bedeutung der Bürgerrechtsbewegung für das Ende der DDR beurteilen! Beziehen Sie sich dabei auch auf die Karte „Die DDR-Protestbewegung 1989“ aus dem Historischen Atlas!

### **Halbjahresaufgabe zu 13/1**

An Ihrer Schule wird überlegt, ob künftig Chinesisch als Fremdsprache angeboten werden soll. Als Diskussionsgrundlage soll für Schülerinnen und Schüler der Mittelstufe und deren Eltern Informationsmaterial zu China zusammengestellt werden. Verfassen Sie dafür einen Beitrag, in dem Sie die Transformation Chinas seit den 1970er Jahren und seine Entwicklung zu einer Weltmacht charakterisieren!

### **Halbjahresaufgabe zu 13/2**

In seiner Regierungserklärung vom 15. Dezember 1954 vor dem Deutschen Bundestag äußerte sich Bundeskanzler Konrad Adenauer zur europäischen Einigung wie folgt:

„Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde die Hoffnung für viele. Sie ist heute die Notwendigkeit für alle.“

Diskutieren Sie ausgehend von diesem Zitat des Bundeskanzlers Konrad Adenauer die Frage, inwieweit die Idee eines geeinten Europas die Gefahr nationalistischer Konfrontationen seit 1945 gemildert hat!

*Quelle: Regierungserklärung vom 15. Dezember 1954. Stenograph. Berichte, 2. Wahlperiode, 61. Sitzung, S. 3135; Bulletin 236/54.*